

Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten gem. Art. 13 und 14 DS-GVO

für Bewerbende

Vorwort

Im Rahmen des Bewerberverfahrens verarbeitet die Steuerberaterkanzlei Schneider und Moos GbR (im Folgenden auch „Kanzlei“ genannt) personenbezogene Daten nach den Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie anderer den Datenschutz betreffenden Rechtsvorschriften.

Mit diesen Erläuterungen kommen wir unseren Pflichten der DS-GVO nach und informieren Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten in unserer Kanzlei.

1. Verantwortlicher

Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DS-GVO für die Verarbeitung Ihrer Daten ist die Steuerberaterkanzlei Schneider und Moos GbR, Herr Hans J. Schneider (Stb.) und Herr Michael Moos (Stb.), Wilhelmstraße 8, 35683 Dillenburg, Telefon: 02771 8704-0, Fax: 02771 8704-99, E-Mail: kanzlei@schneider-moos.de.

2. Datenschutzbeauftragter

Als Datenschutzbeauftragter wurde Herr Julian Moos benannt. Sie erreichen ihn in unserer Kanzlei unter der Telefonnummer 02771 8704-13 oder per E-Mail unter dsb@schneider-moos.de.

3. Kategorien personenbezogener Daten und Zweck der Verarbeitung

Im Rahmen des Bewerberverfahrens verarbeiten wir die Daten, die wir mit Ihrer Bewerbung von Ihnen erhalten, wie z.B. Name, Anschrift, Kontaktdaten sowie weitere Informationen, die Sie uns zur Verfügung stellen (Lebenslauf, Zeugnisse, ggf. weitere Qualifikationen).

Zweck der Datenverarbeitung ist hierbei die Durchführung des Bewerberverfahrens zur Personalbeschaffung. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 lit. b) (Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Anfrage des Betroffenen erfolgt) i. V. m. § 26 BDSG (Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Zwecke einer Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses).

Sollten Sie uns hierbei auch besondere Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 Abs. 1 DS-GVO, wie z.B. personenbezogene Daten aus denen die rassische oder ethnische Herkunft, religiöse oder weltanschauliche Überzeugung hervorgeht oder biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person (Lichtbild), übermitteln, geschieht dies auf freiwilliger Basis. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dieser Daten leiten wir hierbei aus Art. 9 Abs. 2 lit. a) ab. Danach ist die Verarbeitung dieser Daten nicht untersagt, wenn die betroffene Person für den zuvor genannten Zweck eingewilligt hat. Die Übermittlung dieser Daten an unsere Kanzlei werten wir hierbei als ausdrückliche Einwilligung.

4. Kategorien betroffener Personen

Von der Verarbeitung sind in erster Linie Sie als bewerbende Person betroffen, sowie weitere Personen, wie z.B. Angehörige, die Sie in Ihrem Lebenslauf aufgeführt haben.

5. Kategorien von Empfängern und Datenübermittlung in ein Drittland

Bewerbungen werden von der Geschäftsleitung bearbeitet. Eine Weitergabe Ihrer Bewerbungsunterlagen an die Personalabteilung findet nur statt, wenn es im Anschluss an das Bewerberverfahren zu einem Beschäftigungs- bzw. Ausbildungsverhältnis kommt.

Eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten außerhalb unserer Kanzlei, sowie eine Übermittlung Ihrer Daten in ein Land außerhalb der Europäischen Union (EU) bzw. des Europäischen Wirtschaftsraum (WER) findet im Rahmen des Bewerberverfahrens nicht statt und ist auch nicht geplant.

Gleichwohl kann bei Korrespondenz per E-Mail nie ausgeschlossen werden, dass eine Weiterleitung der E-Mail über einen Drittstaat erfolgt.

6. Dauer der Datenspeicherung

Ihre Daten werden im Allgemeinen für die Dauer des Bewerbungsverfahrens gespeichert. Sollte es im Anschluss an das Bewerberverfahren zu einem Beschäftigungs- bzw. Ausbildungsverhältnis kommen, werden Ihre Daten in die Personalakte überführt. Andernfalls endet das Bewerberverfahren mit der Zusendung einer Absage. In diesem Fall werden Ihre Daten für 6 Monate gespeichert und nach Ablauf dieser Frist zum Monatsende unwiederbringlich gelöscht. Die Rechtsgrundlage für die Speicherung Ihrer Daten ergibt sich hierbei aus Art. 6 Abs. 1 lit f). Danach ist die Verarbeitung rechtmäßig, wenn sie zur Wahrung der berechtigten Interessen unserer Kanzlei oder eines Dritten erforderlich ist; insbesondere liegt hier die Verteidigung von Rechtsansprüchen, die sich aus dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ergeben können in unserem berechtigten Interesse.

Bei einer Absage besteht die Möglichkeit, dass wir Ihre Daten in unseren Bewerberpool aufnehmen um ggf. zu einem Späteren Zeitpunkt auf Ihre Bewerbungsunterlagen zurückzugreifen damit wir Sie z.B. bei einer späteren Stellenausschreibung berücksichtigen können. Dies geschieht jedoch nur auf Rechtsgrundlage Ihrer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a). Sollten sie uns hierfür Ihre schriftliche Einwilligung geben, werden wir Ihre Daten für 2 Jahre speichern. Nach Ablauf dieser Frist werden Ihre Daten zum Monatsende unwiederbringlich gelöscht.

7. Erforderlichkeit Ihrer Daten für das Bewerberverfahren

Damit wir Sie im Bewerberverfahren berücksichtigen können, benötigen wir Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den dazugehörigen Unterlagen, wie z.B. Lebenslauf, Zeugnisse und ggf. weitere Qualifikationen.

Die Nichtbereitstellung dieser Daten hätte zur Folge, dass wir Sie bei der Bewerberauswahl nicht berücksichtigen können.

8. Ihre Rechte

Sie haben als „betroffene Person“, deren personenbezogenen Daten wir verarbeiten, folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** nach Art. 15 DS-GVO
- Recht auf **Berichtigung** nach Art. 16 DS-GVO
- Recht auf **Löschung** („Recht auf Vergessenwerden“) nach Art. 17 DS-GVO
- Recht auf **Einschränkung** der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO
- Recht auf **Übertragbarkeit** Ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format nach Art. 20 DS-GVO

Sofern wir die Verarbeitung für bestimmte Zwecke Ihrer personenbezogenen Daten auf Grundlage einer **Einwilligung** durchführen, haben Sie nach Art. 7 Abs. 3 DS-GVO das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu **widerrufen**. Nach Erhalt Ihres Widerrufs werden wir die Datenverarbeitung für die Zwecke einstellen, für die Sie uns die Einwilligung erteilt haben. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung vor Erhalt Ihres Widerrufs bleibt unberührt.

Wenn wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrung von berechtigten Interessen im Sinne des Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO verarbeiten, haben Sie nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO das Recht, dieser Verarbeitung aus Gründen zu widersprechen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben.

In diesem Fall verarbeiten wir Ihre Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen unsererseits überwiegen.

Um Ihr Widerspruchsrecht auszuüben, genügt eine formlose Mitteilung an uns (z.B. per E-Mail an kanzlei@schneider-moos.de) mit der Angabe, welcher Datenverarbeitung Sie widersprechen.

9. Auskunftsanfrage

Bei einer Auskunftsanfrage, die nicht schriftlich erfolgt, bitten wir um Verständnis dafür, dass wir dann ggf. Nachweise von Ihnen verlangen, die belegen, dass Sie die Person sind, für die Sie sich ausgeben.

10. Beschwerderecht

Wenn Sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt, haben Sie das Recht auf Beschwerde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz. Die Beschwerde kann insbesondere bei der Aufsichtsbehörde eingelegt werden, die am Ort Ihres gewöhnlichen Aufenthalts, Ihres Arbeitsplatzes oder des mutmaßlichen Verstoßes zuständig ist. Am Sitz unserer Kanzlei ist folgende Aufsichtsbehörde zuständig: Der Hessische Beauftragte für Datenschutz- und Informationssicherheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden, poststelle@datenschutz.hessen.de, Tel.: 0611 1408-0, Fax: 0611 1408-900.

11. Rechtsstand

Diese Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten entsprechen dem Rechtsstand vom 25. Mai 2018. Unsere Kanzlei behält sich das Recht vor, diese Informationen jederzeit zu aktualisieren. Dies kann insbesondere bei gesetzlichen Änderungen und neuen Erkenntnissen aus der Behördenpraxis und Rechtsprechungen erforderlich sein.